

KONFERENZ DER KANTONALEN FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bernhof
3003 Bern

Bern, 25. September 2020

Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2021

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) übermittelte der FDK den Bericht vom Juni 2020 über den Finanzausgleich 2021 zwischen Bund und Kantonen zur Stellungnahme. Wir unterbreiteten den Bericht gemäss gängiger Praxis¹ den Kantonsregierungen. Die FDK-Ple-
narversammlung sprach sich am 25. September 2020 über die Ergebnisse der Anhörung aus und äussert sich dazu wie folgt.

Die Kantone haben die für Ihren Kanton verwendeten Zahlen, im Besonderen jene des neuesten Bemessungsjahrs 2017, geprüft und die Berechnungen des Berichts plausibilisiert. Gestützt darauf haben zwei Kantone Anträge für die Anpassung der Berechnungsgrundlagen gestellt.

- Im **Kanton Bern** wurde eine restrukturierte Firmengruppe im Jahr 2017 als ordentlich besteuerte Gesellschaft für die Bestimmung des Ressourcenpotenzials berücksichtigt, obwohl die ordentlich besteuerte Gesellschaft mit Sitz im Kanton Bern mit einer ausserkantonalen Gesellschaft, welche auf den kantonalen Steuerstatus als gemischte Gesellschaft verzichtet hat, fusionierte. Der Kanton Bern stellt den Antrag, dass der einmalige Gewinn aus der Restrukturierung mit dem Betafaktor für Domizilgesellschaften gewichtet wird.
- Im **Kanton Zürich** hat eine Gesellschaft den Status als Holdinggesellschaft per Ende 2016 aufgegeben. Für 2017 wurde die Unternehmung fälschlicherweise nicht als ehemalige Statusgesellschaft, sondern als ordentlich besteuerte Gesellschaft gemeldet. Der Kanton beantragt eine Anpassung des Status für diese Gesellschaft.

Für die Beurteilung des Antrags **des Kantons Bern** ist auf die geltenden Grundlagen gemäss Art. 23a Abs. 2 FiLaG, Art. 57b FiLaV und Art. 57c Abs. 2-3 FiLaV abzustellen. Im Falle einer Umstrukturierung einer juristischen Person mit besonderem Steuerstatus ist dem Verlust des Steuerstatus Rechnung zu tragen. Im Grundsatz ist nach Ansicht der FDK eine

¹ Vgl. Botschaft zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs sowie zum Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Rahmen des Übergangs zur NFA vom 8. Dezember 2006 (BBI 2007 736 f.).

Anpassung der Berechnungsgrundlagen gerechtfertigt. Der Faktor Beta ist für die Bestimmung des Ressourcenpotenzials anteilmässig zu berücksichtigen.

Für die Bestimmung des massgebenden Gewinns der fusionierten Gesellschaft ist das Verhältnis der durchschnittlichen Inland- im Vergleich zu den durchschnittlichen Auslandsgewinnen der drei letzten Jahre vor dem Statusverlust zu berücksichtigen. Der Anteil inländischer Gewinne fliesst gemäss den bestehenden Grundlagen zu 100% in das Ressourcenpotenzial ein. Der Anteil ausländischer Gewinne wird mit Beta gewichtet. **Die FDK spricht sich mit Blick auf das Referenzjahr 2021 für die Anwendung der geltenden rechtlichen Grundlagen in FiLaG und FiLaV aus und stimmt der Anpassung der Datengrundlagen gemäss Analyse der Fachgruppe Qualitätssicherung vom 28. August 2020 zu.**

Gleichzeitig hat die FDK zur Kenntnis genommen, dass sich im vorliegenden Fall zahlreiche Faktoren kumulieren und die konsequente Anwendung der massgeblichen Bestimmungen aus FiLaG und FiLaV zu einer für den Kanton Bern äusserst nachteiligen Situation führen. Der Kanton Bern verfügte gemäss fachlicher Analyse bei der Besteuerung des Sondergewinns über keinen Ermessensspielraum. **Vor diesem Hintergrund beantragt die FDK die Prüfung einer Verordnungsänderung, welche den im Fall des Kantons Bern aufgetretenen Sondereffekt ab dem Referenzjahr 2022 für die Berechnung des Ressourcenpotenzials berücksichtigt.**

Der Antrag des **Kantons Zürich** betrifft eine falsch gemeldete Taxationsart, mit der Folge, dass die Gewinne dieser ehemaligen Holdinggesellschaft als ordentlich besteuert und nicht mit dem Faktor Beta in das Ressourcenpotential einbezogen wurde. Die Steuererklärung 2017 lag jedoch im Zeitpunkt der Datenmeldung vor. Aufgrund von Art. 23a Abs. 2 FiLaG kann für diese Firmen der Faktor Beta angewendet werden. Die Fachgruppe Qualitätssicherung hat dieser Anpassung am 28. August 2020 zugestimmt. **Die FDK hat keine Einwände gegen diese Richtigstellung der Statusmeldung.**

Unsere Konferenz wurde über die finanziellen Auswirkungen dieser beiden Anpassungen auf die Ausgleichszahlungen jedes einzelnen Kantons orientiert. Die übrigen Kantone stellten keine Änderungsanträge zu den Datengrundlagen.

Zweck der jährlichen Anhörung ist der Vollzug des Finanzausgleichs und die ordentliche Prüfung der Datengrundlagen. Die FDK äussert sich deshalb an dieser Stelle nicht zur Wirksamkeit, zur Dotation oder zu Möglichkeiten der Weiterentwicklung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Solche Anliegen wurden im Rahmen der diesjährigen Anhörungen jedoch von einigen Kantonen vorgebracht. Nach Ansicht der FDK sind diese Anliegen im Rahmen der Arbeiten zum nächsten Wirksamkeitsbericht zu prüfen bzw. zu vertiefen. In der Beilage überlassen wir Ihnen die Übersicht mit den detaillierten Stellungnahmen der Kantonsregierungen zur Kenntnis.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

KONFERENZ DER KANTONALEN FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN

Der Präsident:



Regierungsrat Ernst Stocker

Der Generalsekretär:



Dr. Peter Mischler

Beilage

- Synopse der Stellungnahmen der Kantone zur Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2021

Kopie (Mail)

- Mitglieder FDK
- Sekretariat KdK

FDK / CDF	Finanzausgleich 2021 zwischen Bund und Kantonen. Stellungnahme zum Bericht der EFV	Plenarversammlung / Assemblée plénière	25.09.2020
		Traktandum / Point	2 – Beilage 1

Geht an:	Mitglieder FDK
Datum:	11.09.2020

1. Ausgangslage

Die FDK führt im Zusammenhang mit der Festsetzung der Finanzausgleichstransfers jährlich eine Anhörung bei den Kantonsregierungen durch. Mit Brief vom 15. Juni 2020 bat die FDK die Kantonsregierungen um eine Stellungnahme bis 21. August 2020. Die Anhörung bezog sich auf die Datengrundlagen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2020 über den Finanzausgleich 2021 zwischen Bund und Kantonen. Die vorliegende Notiz fasst die kantonalen Stellungnahmen zusammen. Die Fachgruppe Qualitätssicherung und der FDK-Vorstand nahmen das Ergebnis an ihrer Sitzung vom 28. August 2020 bzw. 11. September 2020 zur Kenntnis.

2. Zusammenfassung

Es sind Rückmeldungen aus sämtlichen Kantonen zu den Zahlen 2021 eingegangen.

<p>Stellungnahmen zu den Zahlen 2021– Anträge zur Wirksamkeit und Dotation des Finanzausgleichs sind nicht Gegenstand der Anhörung</p> <ul style="list-style-type: none"> • 24 Kantone stellen keinen Antrag zur Änderung der Zahlengrundlagen 2021: AG, AI, AR, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG • 2 Kantone stellen Anträge auf Änderung der Bemessungsgrundlagen: BE, ZH <p>Kanton BE:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine restrukturierte Firmengruppe ist im Jahr 2017 nicht als ordentlich besteuerte Gesellschaft zu berücksichtigen. Die Aufgabe des Status als Domizilgesellschaft im Rahmen der Restrukturierung soll bei der Bestimmung des Ressourcenpotenzials berücksichtigt werden (Art. 23a Abs. 2 FILAG) <p>Kanton ZH:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eine Datenmeldung ist in einem bedeutenden Fall nicht korrekt. Die Gesellschaft hat den Status als Holdinggesellschaft per Ende 2016 aufgegeben. Für 2017 wurde die Unternehmung fälschlicherweise nicht als ehemalige Statusgesellschaft, sondern als ordentlich besteuerte Gesellschaft gemeldet.
--

Weitere Punkte

Kanton BE:

- Antrag die Gewichtungsfaktoren für die massgebenden Steuerrepartitionen so festzulegen, dass die interkantonalen Verschiebungen beim ausschöpfbaren Ressourcenpotenzial infolge von Steuerrepartitionen spätestens ab dem Vollzug 2022 angemessen ausgeglichen bzw. kompensiert werden.

Kanton NE:

- Unklare Begründung für die Verwendung unterschiedlicher Bevölkerungsstatistiken bei der Berechnung des Lastenausgleichs (ständige Wohnbevölkerung bzw. ständige und nichtständige Bevölkerung) festgestellt.
- Unzureichende Nachvollziehbarkeit der Bevölkerungsstatistik für die Berechnung der Abfederungsmassnahmen 2021 festgestellt.
- Relevanz des Indikators "Ausländerintegration" in Frage gestellt.

Kanton TI:

- Erinnerung an Anliegen in Bezug auf die Messung der Lasten (GLA und SLA) und der Ressourcen (Berücksichtigung der Grenzgänger im Ressourcenpotenzial) formuliert.

Kanton ZH:

- Ergänzung des Berichts der EFV ab nächstem Jahr mit Ausführungen zur Entwicklung der Gesamtdotation des Ressourcenausgleichs angeregt.

3. Stellungnahmen der Kantone

Kanton	Stellungnahme zu den Zahlen 2021
AG 19.8.	"(...) Die Prüfung der Datengrundlagen hat keine Hinweise auf irgendwelche Fehler oder Unklarheiten bei den für den Kanton Aargau verwendeten Daten ergeben. Wir haben somit keine Bemerkungen oder Anpassungsanträge zum Bericht. (...)"
AI 19.8.	"(...) Die Standeskommission hat die Zahlen 2017 geprüft und festgestellt, dass die Zahlen den eigenen Berechnungen entsprechen. Die Datengrundlagen für die Jahre 2015 und 2016 wurden summarisch überprüft. Es wurden keine Fehler festgestellt. Die Datenbasis 2017, die neu für die Berechnung des NFA 2020 beigezogen wird, ersetzt die Zahlen des Jahrs 2014. Somit kommt der Mittelwert der Jahre 2015 bis 2017 zur Anwendung. Sämtliche gelieferten Zahlen zu den Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und der Gewinne der juristischen Personen 2017 konnten verifiziert werden. Die Standeskommission erklärt sich mit den provisorischen NFA-Zahlen 2021 einverstanden (...)"
AR 20.8.	"(...) Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden hat am 18. August 2020 den Bericht über den Finanzausgleich 2021 zwischen Bund und Kantonen zustimmend zur Kenntnis genommen und das Departement Finanzen beauftragt, der FDK mitzuteilen, dass die Berechnungen des Bundes korrekt sind und keine Anträge gestellt werden. (...)"
BE 19.8.	"(...) Unsere zuständigen kantonalen Fachämter haben die statistischen Grundlagen für die Berechnung des Ressourcenausgleichs (Steuerverwaltung) bzw. des Lastenausgleichs (Finanzverwaltung) des Kantons Bern soweit als möglich geprüft. Gestützt auf die daraus resultierenden Prüfergebnisse, kann der Regierungsrat den aus den vorliegenden Datengrundlagen für das Jahr 2021 an den Kanton Bern resultierenden Ausgleichszahlungen im Ressourcenausgleich nicht zustimmen.

Nachfolgend erläutert der Regierungsrat die Gründe für seine Haltung. Gleichzeitig stellt er zu den Grundlagen der Berechnung der Ressourcenausgleichszahlungen zwei konkrete Anträge:

Antrag 1: Korrektur der juristischen Gewinne des Kantons Bern im Bemessungsjahr 2017

Aufgrund einer Restrukturierung einer internationalen Firmengruppe und dem in diesem Zusammenhang erzielten einmaligen Gewinn von CHF 2.2 Mrd. («Sondereffekt») sind im für die Ausgleichszahlungen für das Jahr 2021 relevanten Bemessungsjahr 2017 die Gewinne der ordentlich besteuerten juristischen Personen im Kanton Bern gegenüber dem Jahr 2016 um über 40 Prozent angestiegen. Der Sondereffekt hat für den Kanton Bern Mindererträge im Ressourcenausgleich in den NFA-Vollzugsjahren 2021, 2022 und 2023 von jährlich ca. CHF 125 Mio. zur Folge.

Der ausserordentliche Gewinn hat seinen Ursprung bei einer in einem anderen Kanton ansässigen Domizilgesellschaft, welche im Jahr 2017 mit einem ordentlich besteuerten Unternehmen mit Sitz im Kanton Bern fusionierte. Aufgrund des besonderen Steuerstatus dieser ausserkantonalen Domizilgesellschaft – Statusgesellschaften unterlagen bis am 1. Januar 2020 nur im begrenztem Umfang der kantonalen Gewinnsteuer – konnte der durch eine anschliessende Restrukturierung bei der fusionierten bernischen Unternehmensgruppe anfallende Gewinn ausschliesslich auf Bundesebene, nicht aber auf Kantons- und Gemeindeebene besteuert werden. Die Steuerverwaltung des Kantons Bern verfügte dabei über keinen Ermessensspielraum, d.h. der internationalen Firmengruppe wurden durch den Kanton Bern insbesondere auch keine Steuererleichterungen gewährt

Für den Kanton Bern resultierte aus dem Sondereffekt ein Steuerertrag von insgesamt CHF 4 Millionen (CHF 1.5 Mio. Gewinnsteuer Kanton Bern und CHF 2.5 Mio. Bundessteueranteil). Obwohl auf kantonomer Ebene nur CHF 160 Millionen (CHF 12.4 Mio. davon im Kanton Bern) der insgesamt CHF 2.2 Milliarden besteuert werden konnten, werden diese nun aber dem Ressourcenpotenzial des Kantons Bern zur Berechnung der Ausgleichszahlungen für die Jahre 2021, 2022 und 2023 vollumfänglich angerechnet.

Per Saldo führt der ausserordentliche Gewinn für den Kanton Bern zu NFA-Mindereinnahmen von insgesamt rund CHF 300 Millionen. Diesem Betrag stehen die vorstehend aufgeführten Steuererträge von insgesamt CHF 4 Millionen gegenüber. Der Sondereffekt aus dem Jahr 2017 führt somit zu einer für den Kanton Bern folgenschweren Gesamtrechnung.

Gemäss Artikel 3, Absatz 1 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) stellt das Ressourcenpotenzial eines Kantons den «Wert seiner fiskalisch ausschöpfbaren Ressourcen» dar. Die Erhöhung des Ressourcenpotenzials für den Kanton Bern wäre demnach nach Auffassung des Regierungsrates gerechtfertigt, wenn ein entsprechender Gewinn auch bei den Kantons- und Gemeindesteuern vollumfänglich steuerbar gewesen wäre und zu entsprechend hohen Steuererträgen geführt hätte. Dies ist vorliegend aber nicht der Fall. (...)

Antrag des Regierungsrates:

Der Regierungsrat stellt gestützt auf den in Beilage 1 dargelegten Sachverhalt den Antrag, bei der Berechnung des massgebenden Gewinns der juristischen Personen für das Bemessungsjahr 2017 den vorerwähnten einmaligen Gewinn von CHF 2.2 Mrd. aufgrund einer Restrukturierung einer internationalen Firmengruppe gemäss Art. 23a Abs. 2 FiLaG nur mit dem Betafaktor von 12.4 Prozent für Domizilgesellschaften zu berücksichtigen. Die damit verbundene Korrektur der Bemessungsgrundlagen für das Jahr 2017 gilt auch für die Berechnung der Ressourcenausgleichszahlungen für die Jahre 2022 und 2023, welche ebenfalls u.a. auf dem Bemessungsjahr 2017 beruhen.

Antrag 2: Anpassung des Gewichtungsfaktors für die massgebenden Steuerrepartitionen

Gemäss Artikel 21 der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaV) entsprechen die massgebenden Steuerrepartitionen eines Kantons dem gewichteten Saldo zwischen

- a) der Summe der Gutschriften der direkten Bundessteuer, die in den Bemessungsjahren in anderen Kantonen zu seinen Gunsten verbucht wurden; und
- b) der Summe der Gutschriften der direkten Bundessteuer, die er in den Bemessungsjahren zugunsten anderer Kantone verbucht hat.

	<p>Weiter wird in Artikel 21 der FiLaV festgehalten, dass der Gewichtungsfaktor eines Kantons dem Verhältnis zwischen der Summe der massgebenden Einkommen und Gewinne des Kantons und dem Steueraufkommen der direkten Bundessteuer des Kantons in den Bemessungsjahren entspricht.</p> <p>Im Rahmen der Prüfung des im Antrag 1 erwähnten Sondereffekts haben die Fachspezialistinnen und -spezialisten der Finanzdirektion festgestellt, dass mit dem für den Kanton Bern im Bemessungsjahr geltenden Gewichtungsfaktor von 20,0 die ihm als Nettozahler bei den Steuerrepartitionen verbundene Einbusse beim steuerlich ausschöpfbaren Ressourcenpotenzial nur teilweise ausgeglichen wird. Gemäss der aus der Beilage 2 hervorgehenden Berechnungen resultiert für den Kanton Bern aus dem Gewinn von CHF 2,2 Milliarden letztlich ihm angerechnetes, aber steuerlich nicht ausschöpfbares Ressourcenpotenzial von CHF 1,6 Milliarden.</p> <p>Dabei handelt es sich nicht um einen Einzelfall. Vielmehr stellt der Umgang bzw. die Berechnung der massgebenden Steuerrepartitionen ein generelles Problem bei der Berechnung der jährlichen Ausgleichszahlungen an die einzelnen Kantone dar. Gemäss dem erläuternden Bericht vom Oktober 2007 zur FiLaV müssen die Steuerrepartitionen «(...) mit einem Gewichtungsfaktor multipliziert werden, damit sie auf ein im Vergleich zu den steuerbaren Gewinne und Einkommen äquivalentes Niveau angehoben werden können.». Wie das Beispiel in Beilage 2 zeigt, ist dies aber nicht der Fall.</p> <p>Kantone, welche bei den massgebenden Steuerrepartitionen über mehrere Jahre hinweg einen negativen Saldo aufweisen, werden demzufolge unseres Erachtens systematisch benachteiligt. Davon sind insbesondere die Kantone Zürich und Bern betroffen. Erheblich betroffen sind aber auch die Kantone Freiburg, Basel-Landschaft und Basel-Stadt.</p> <p>Nach Auffassung des Regierungsrates handelt es sich vorliegend um einen Systemfehler, welchen es im mit einer entsprechenden Anpassung der Verordnung durch den Bundesrat spätestens im Hinblick auf den Vollzug 2022 zu korrigieren gilt.</p> <p>Antrag des Regierungsrates:</p> <p>Der Regierungsrat beantragt die Gewichtungsfaktoren für die massgebenden Steuerrepartitionen so festzulegen, dass die interkantonalen Verschiebungen beim ausschöpfbaren Ressourcenpotenzial infolge von Steuerrepartitionen spätestens ab dem Vollzug 2022 angemessen ausgeglichen bzw. kompensiert werden. (...)</p>
BL 18.8.	<p>"(...) Wir haben eine Plausibilisierung der von der Eidgenössischen Finanzverwaltung verwendeten Datengrundlage für den Kanton Basel-Landschaft mit unseren gelieferten Zahlen (Bemessungsjahr 2017) vorgenommen und nichts Abweichendes festgestellt. Wir stellen keine Anträge (...)"</p>
BS 19.8.	<p>"(...) Wir haben die im Bericht dargelegten Zahlen für den Kanton Basel-Stadt geprüft und keine Ungereimtheiten festgestellt. In technischer Hinsicht erscheinen uns die Berechnungen plausibel und wir nehmen sie zur Kenntnis. (...)</p>
FR 17.8.	<p>"(...) D'une manière générale, le rapport de l'AFF et les informations complémentaires mises à disposition sur son site Internet présentent clairement les évolutions intervenues depuis l'année dernière. Ils fournissent les éléments nécessaires aux administrations cantonales pour s'assurer du bon usage des données concernant directement leur canton et procéder à une vérification des calculs de l'administration fédérale.</p> <p>En matière de péréquation des ressources, l'analyse de la Direction des finances n'a pas révélé de différences significatives en ce qui concerne les données utilisées et les calculs effectués pour le canton de Fribourg. Ces données et calculs peuvent être considérés comme validés.</p> <p>Le constat est similaire pour la compensation des charges géo-topographiques et socio-démographiques. Les données de base et les calculs relatifs à ces deux instruments peuvent être considérés comme approuvés par le canton de Fribourg.</p> <p>En ce qui concerne la compensation des cas de rigueur, les explications données et les chiffres communiqués n'appellent pas d'objection de notre part. Nous prenons acte de la diminution de 5 % des montants perçus et versés dans le cadre de cet instrument. Elle est conforme à ce qui est prévu par la loi sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC, art. 19 al. 3). (...)"</p>
GE 19.7.	<p>"(...) Les vérifications que nous avons opérées nous permettent de conclure que les calculs du potentiel de ressources effectués par l'administration fédérale des finances (AFF) sont bien basés sur les données que nous avons transmises et respectent les formules de calcul de l'ordonnance sur la péréquation financière et la compensation des charges (OPFCC).</p>

	<p>Les contrôles réalisés sur les bases de données pour la compensation des charges liées à la structure sociodémographique nous permettent également de valider les calculs de l'AFF dans ce domaine.</p> <p>En conclusion, nous validons les bases de calcul des chiffres de la péréquation financière pour l'année 2021 telles qu'elles nous ont été présentées dans le rapport de l'AFF. (...)"</p>
GL 11.8.	<p>"(...) Wir haben die Daten des Kantons Glarus zum Finanzausgleich 2021 zwischen Bund und Kantonen summarisch geprüft und konnten keine Fehler feststellen.</p> <p>Wir danken und vertrauen auf die wertvolle Arbeit der Bundesbehörden. Der Kanton Glarus nimmt die Berechnungen für den Finanzausgleich 2021 gemäss dem Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2020 zur Kenntnis. (...)"</p>
GR 3.8.	<p><i>Rückmeldung aus dem Departement für Finanzen und Gemeinden GR:</i> "Wir haben die im Bericht "Finanzausgleich 2021 zwischen Bund und Kantonen" der Eidgenössischen Finanzverwaltung EFV vom Juni 2020 für den Kanton Graubünden verwendeten Daten geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Für den Ressourcenausgleich neu erfasst ist das Bemessungsjahr 2017. Die Daten sind unseres Erachtens korrekt berücksichtigt. Wir haben daher keine Korrekturanträge. Die Veränderung des Ressourcenindex für Graubünden gegenüber dem laufenden Jahr 2020 ist mit -0,2 Prozentpunkten (Vorjahr – 0,4%-Punkte) erneut marginal. Sie entspricht in etwa unseren Erwartungen. Die Reduktion der RA-Zahlung im 2021 um knapp 4 Mio. Franken (auf Fr. 133 Mio.) ist unmittelbare Folge der vom Parlament beschlossenen Optimierungsmassnahmen am Ressourcenausgleich. Sie wird durch die Abfederungsmassnahme im 2021 mit einem Zusatzbeitrag von 3,2 Mio. Franken zu einem guten Teil aufgefangen.</p> <p>Auch die Ursprungsdaten und Ergebnisse des für Graubünden sehr bedeutsamen geografisch-topografischen Lastenausgleichs (GLA) erscheinen stimmig und plausibel. Der GLA weist wie immer eine hohe Stabilität aus. Das Gesamtvolumen vermindert sich entsprechend der Minussteuerung April 2020 – April 2019 um 1,1% (Vorjahr + 0,7%). Für Graubünden beträgt die Reduktion des GLA 1,7 Mio. Franken. Es gibt aus unserer Sicht keine Anhaltspunkte für fehlerhafte Daten. Wir haben daher auch keine Veranlassung für Änderungsanträge. (...)"</p>
JU 18.8.	<p>"(...) Les chiffres 2021 mis en consultation sont conformes à la tendance préalablement annoncée au printemps. Les données jurassiennes correspondent à nos extrapolations issues des données fiscales transmises. Demeure réservée l'influence d'une éventuelle correction ultérieure par un autre canton ou la découverte d'une erreur de saisie ou de reprise des données fiscales de base.</p> <p>Les flux financiers RPT 2021 intègrent les données liées à l'année 2017 et, pour la seconde année, les effets des modifications législatives arrêtées par les Chambres fédérales au mois de juin 2019. Force est de constater que les conséquences financières de la réforme dépassent largement les prévisions officielles de l'époque. En effet, pour l'année 2021, la consultation annonçait une perte nette de 6, 1 mios de francs pour le Canton du Jura alors que la perte réelle atteint 13,6 mios, soit 7,5 mios de plus de prévu. Par hypothèse, si la tendance historique continue (évolution des potentiels de + 3%), ce manque à gagner pourrait atteindre 24,3 mios de francs, soit un écart de 16 mios par rapport au projet adopté en 2022. La raison principale reste la fin, dès l'année 2020, de la corrélation entre l'évolution réelle du potentiel des cantons et l'évolution de leurs contributions (et donc des paiements reçus).</p> <p>La mise en place d'une telle situation et de ses incidences est contraire aux objectifs de l'article 2 de la loi fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges, car elle ne fait qu'accroître les disparités entre les cantons. La situation économique et financière générale devrait, selon plusieurs études économiques récentes, devenir encore plus difficile à supporter pour les cantons de l'Arc jurassien qui semblent plus largement touchés économiquement que la moyenne suisse. Les derniers chiffres du chômage confirment ses prévisions.</p> <p>Fort de ce double constat défavorable pour notre canton, le Gouvernement jurassien sollicite la recherche rapide de solutions, notamment de compensation dans d'autres domaines. (...)"</p>

LU 17.8	<p>"Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir den Bericht der eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) zum Finanzausgleich 2021 zwischen Bund und Kantonen zuhanden der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK) geprüft haben. Unsere Dienststelle Steuern hat die für den Kanton Luzern verwendeten Zahlen einer Qualitätssicherung unterzogen und kann deren richtige Übernahme bestätigen. Wir verzichten deshalb auf Anträge zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2021. (...)"</p>
NE 19.8.	<p>" (...) Notre canton a pris connaissance des chiffres de la péréquation des ressources et de la compensation des charges et des cas de rigueur pour l'année 2021. Nous constatons à leur examen qu'ils sont en adéquation avec les données fournies par notre service des contributions. N'ayant relevé aucune incohérence particulière, nous considérons donc que les chiffres pour l'année de référence 2021 sont fiables en ce qui nous concerne. Néanmoins, s'agissant des calculs dans lesquels la notion de population résidente intervient, nous ne comprenons pas la raison pour laquelle il est parfois fait référence à la population résidente permanente et parfois à la population totale (résidente permanente et non permanente). Par ailleurs, malgré plusieurs recherches, notre service de statistique n'a pas été en mesure de retrouver la source des données relatives à la population déterminante pour le calcul des montants relatifs aux mesures d'atténuation. Enfin, nous continuons également à nous interroger sur la pertinence de l'indicateur « intégration des étrangers », dans le mesure où celui-ci ne fait aucune distinction entre les différents pays non-limitrophes. Nous admettons néanmoins que cette question n'a pas de lien direct avec le sujet de l'audition annuelle. Hormis ces points particuliers, nous n'avons pas d'autre remarque à formuler sur le rapport de l'Administration fédérale des finances. (...)"</p>
NW 18.8.	<p>" (...) Wir nehmen von den Berechnungen für das Jahr 2021 Kenntnis und haben keine weiteren Bemerkungen dazu. Die Daten unseres Kantons für das Jahr 2017 konnten wir anhand der vom kantonalen Steueramt gelieferten Steuerfaktoren verifizieren. (...)"</p>
OW 19.8.	<p>" (...) Wie bereits in den Vorjahren ist zu bemerken, dass die NFA-Beträge mit den vorliegenden Angaben durch uns rechnerisch nicht detailliert verifiziert werden können. Wie aus dem der Vernehmlassung beiliegenden Prüfungsbericht der eidgenössischen Finanzkontrolle zu entnehmen ist, werden die von den kantonalen Steuerämtern gelieferten Daten überprüft.</p> <p>Das Ergebnis betreffend Ressourcenindex ist für den Kanton Obwalden aber insofern nachvollziehbar, als dieser die Finanzkraft des Kantons in den zugrundeliegenden Bemessungsjahren 2015 bis 2017 widerspiegelt und sich in einer von ihm erwarteten Entwicklung darstellt. Ergebnis und Entwicklungen bestätigen aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Obwalden die Richtigkeit der 2005 lancierten Steuerstrategie.</p> <p>Was die Entwicklung der übrigen Kantone angeht, entzieht sich diese der Kenntnis des Kantons Obwalden. Entsprechend kann die Entwicklung des Ressourcenausgleichs von 2,448 Milliarden Franken (vertikal) bzw. 1,632 Milliarden Franken (horizontal) nicht beurteilt werden.</p> <p>Dementsprechend wird vom Ergebnis der definitiven Berechnung Kenntnis genommen und diese Zahlen werden in der Folge in die Planung des Kantons Obwalden aufgenommen werden. (...)"</p>
SG 14.8.	<p>"(...) Wir haben die im Bericht «Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2021» der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) vom Juni 2020 veröffentlichten Beträge des Bundesfinanzausgleichs für das Jahr 2021 und die entsprechenden Datengrundlagen geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Bei der Kontrolle der von uns übermittelten Ursprungsdaten für den Ressourcenausgleich konnten keine Fehler festgestellt werden. Auch hat die Plausibilisierung der Ursprungsdaten der beiden Lastenausgleichsgefässe «Soziodemografischer Lastenausgleich» und «Geografisch-topografischer Lastenausgleich» keine Mängel zu Tage gebracht. Es liegen uns somit keine Hinweise vor, wonach die Ausgleichsbeiträge zugunsten des Kantons St.Gallen für das Jahr 2020 fehlerhaft sein könnten. (...)"</p>
SH 4.8.	<p>"(...) Wir haben die Zahlen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung EFV zum Finanzausgleich 2021 zwischen Bund und Kantonen für den Kanton Schaffhausen plausibilisiert und für nachvollziehbar befunden. Einwände zu den Daten bestehen keine. (...)"</p>
SO 21.8.	<p>"(...) Wir (...) können Ihnen mitteilen, dass wir vom Bericht sowie den darin enthaltenen Zahlen Kenntnis genommen haben. Wir haben die Zahlen plausibilisiert und sind mit den Berechnungen einverstanden. (...)"</p>

SZ 21.8.	<p>"(...) Der Kanton Schwyz hat die Berechnungen geprüft und festgestellt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Kanton Schwyz die richtigen Zahlen in der vorgeschriebenen Form geliefert hat; • die Berechnungen auf den vom Kanton Schwyz gelieferten Daten basieren; • und entsprechend davon auszugehen ist, dass die Berechnungen seitens EFV korrekt vorgenommen wurden. (...)"
TG 12.8.	<p>"(...) Aus Sicht des Kantons Thurgau erscheinen die unterbreiteten Berechnungen und Daten als nachvollziehbar und korrekt. Wir nehmen davon zustimmend Kenntnis. (...)"</p>
TI 19.8.	<p>"(...) I dati utilizzati per determinare le quote perequative che spettano al Ticino secondo la legge sulla perequazione finanziaria sono stati controllati dall'Amministrazione cantonale e possono essere considerati corretti. Ritenuto inoltre che i dati di tutti Cantoni sono stati pubblicati solo dopo un attento esame del gruppo di lavoro "Qualitätssicherung", possiamo ritenere, in buona fede, che l'insieme delle valutazioni eseguite sia conforme ai criteri di qualità stabiliti nell'ordinanza concernente la perequazione finanziaria e la compensazione degli oneri.</p> <p>Confermiamo inoltre di avere esaminato i metodi di calcolo impiegati e anche da questo profilo non abbiamo osservazioni particolari da segnalare, vista la loro conformità all'ordinanza federale.</p> <p>Più in generale, il Canton Ticino ribadisce quanto già espresso in più occasioni, ovvero la richiesta di tenere conto in modo maggiormente adeguato della reale situazione in cui si trova il nostro Cantone, sia per quanto riguarda la compensazione degli oneri (modifica dell'indicatore concernente l'altitudine per la compensazione degli oneri geotopografici e la possibilità di introdurre un indennizzo per i Cantoni di frontiera nell'ambito della compensazione degli oneri sociodemografici), sia per quanto concerne la perequazione delle risorse. In quest'ultimo contesto, ribadiamo la necessità di considerare diversamente i redditi dei frontalieri nel potenziale di risorse tramite una riduzione più consistente della quota considerata, dall'attuale 75% al 50% e/o anche attraverso la presa in conto, perlomeno parziale, del numero di frontalieri nella popolazione utilizzata per calcolare il potenziale pro-capite. (...)"</p>
UR 26.8.	<p>"(...) Die Berechnungsgrundlagen für das Ressourcenpotenzial 2021 beruhen auf dem Dreijahresdurchschnitt der Bemessungsjahre 2015, 2016 und 2017.</p> <p>Der Prozess der Erhebung, Lieferung und Verarbeitung der Daten, an dem die Kantone, die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), das Bundesamt für Statistik (BFS) und die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) beteiligt sind, erfolgte im ersten Halbjahr 2020. Die Fachgruppe «Qualitätssicherung» begleitete den Prozess und nahm am 9. Juni 2020 den Bericht zustimmend zur Kenntnis.</p> <p>Wir haben die zur Verfügung gestellten Daten - soweit möglich - geprüft. Dabei haben wir keine Mängel festgestellt. Der Regierungsrat hat den Bericht und die darin enthaltenen Erläuterungen und Zahlen bzw. Berechnungen für den Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2021 zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden. (...)"</p>
VD 19.8.	<p>"(...) Les données de base transmises par le Canton de Vaud, ainsi que leur utilisation dans les calculs qui déterminent l'indice des ressources ont pu être contrôlées grâce aux informations figurant dans le rapport de l'Administration fédérale des finances (AFF) du 16 juin 2020 ou au moyen des tableaux Excel mis à disposition par l'AFF sur son site internet. Dès lors, les chiffres 2021 pour le Canton de Vaud sont acceptés par le Conseil d'État, sous réserve des éléments suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> • dans l'hypothèse où une erreur devait être découverte a posteriori, le Canton de Vaud se réserve la possibilité de faire valoir des corrections rétroactives, en se fondant au besoin sur les conditions posées par l'art. 9a PFCC ; • notre Canton n'a la faculté de vérifier ni la qualité et l'exactitude des données de base des autres cantons, ni la reprise et l'utilisation correcte de ces données dans les calculs effectués par l'AFF.(...) <p>Le Conseil d'État du Canton de Vaud accepte les chiffres présentés dans le rapport relatif à la péréquation des ressources, compensation des charges et des cas de rigueur en 2021, sous les réserves expressément mentionnées ci-dessus. (...)"</p>

VS 12.8.	<p>"(...) Le Conseil d'Etat [...] estime que les livraisons de données réalisées par notre canton pour l'année 2021 sont ainsi correctes. L'examen des données de la péréquation des ressources 2021 n'appelle donc aucun commentaire de notre part. Le Conseil d'Etat du Canton du Valais prend acte des chiffres publiés et saisit l'occasion de la présente audition pour relever les éléments suivants.</p> <p>1. Malgré un apport complémentaire de 80 millions en 2021 au titre de mesure d'atténuation pour la réforme du système de péréquation 2020, le volume net des fonds distribués est en régression de 76 millions et les cantons bénéficiaires de la péréquation sont donc préférités par rapport au système initial qui avait trouvé un consensus politique en 2008. Nous regrettons vivement cet état de fait qui ne correspond plus aux promesses faites lors de l'introduction du système. Avec le seul changement de système et tenant compte de la réduction des disparités entre cantons à fort potentiel et cantons à faible potentiel, le volume du fonds de la péréquation des ressources a diminué de 210 millions de francs sur un total de 4,291 millions, soit de 4,9 % ! C'est une baisse moyenne conséquente pour les cantons les plus faibles.</p> <p>2. Pour 2021, la situation apparaît meilleure que prévue pour les cantons à faible potentiel de ressources en raison de la situation spéciale du canton de Berne qui, en raison de causes spécifiques, perd un montant de recettes de la péréquation des ressources de plus de 213 millions de francs. Cette baisse de recettes chez le plus grand bénéficiaire de la péréquation fédérale en terme de volume a donc bénéficié à l'ensemble des autres cantons bénéficiaires, mais ce n'est que passager. Dès 2024, une fois que la situation du canton de Berne sera de nouveau « normale », la situation des autres cantons faibles se retrouvera encore plus péjorée qu'à ce jour. Sachant qu'il y aura encore d'autres effets dus à l'introduction" des nouveaux facteurs zêta pour la prise en compte de la pondération du poids des personnes morales, notamment celles à statuts fiscaux particuliers, il est difficile d'établir des projections financières à quatre ans au vu de ces incertitudes quant à l'évolution du volume du fonds de péréquation financière.</p> <p>Nous relevons également que la pandémie liée au COVID-19 aura des répercussions non négligeables sur les recettes d'impôts des cantons et donc, indirectement, dans trois ou quatre ans également sur la péréquation financière intercantonale. Nous demandons ainsi au Conseil fédéral d'examiner d'éventuelles mesures de compensation qui pourraient être introduites afin de ne pas trop péjorer la situation des cantons à faible potentiel, notamment celle du Valais qui a déjà été sensiblement impactée par la réforme fiscale et par le changement du système de péréquation pour les ressources, et, désormais, également par les effets de la pandémie. La réforme fiscale, la modification du système de péréquation et maintenant la crise pandémique, tous ces éléments préfériteront fortement la situation des cantons faibles d'ici 2023 déjà. Ainsi, bien que l'audition n'amène aucune remarque particulière en ce qui concerne le calcul des chiffres 2021, le Gouvernement valaisan renouvelle son inquiétude quant à l'avenir du système de péréquation fédérale. En 2021, nous constatons déjà une forte volatilité dans le volume du fonds, volatilité due au changement de système de péréquation adopté par le Conseil fédéral. Le canton du Valais avait fait part de ses soucis quant à cette volatilité plusieurs fois lors des consultations relatives aux modifications techniques prévues pour la péréquation intercantonale. Elle peut avoir des conséquences importantes autant pour les cantons faibles que les cantons forts, et donc pour la Confédération également. Si elle devient trop importante, le Conseil fédéral devra examiner si les modifications techniques introduites récemment sont pertinentes et si un retour au système initial (celui de 2008) ne sera pas nécessaire.</p> <p>Nous constatons que toutes les modifications légales apportées au système depuis son entrée en vigueur en 2008 favorisent avant tout les cantons à fort potentiel de ressources et de facto la Confédération. Nous espérons ainsi que la Confédération, par son Département fédéral des finances, défende, à moyen terme, une parité 50-50 entre les deux fonds de compensation des charges CCG et ces, comme nous l'avons déjà demandé l'année dernière. Il ne serait en effet pas normal que les économies fédérales réalisées de 280 millions de francs au niveau de la péréquation des ressources, soient éventuellement réinjectées, à moyen et long terme, uniquement dans le fonds CCS. Et au vu de l'évolution du fonds de péréquation des ressources et des gains qui seront déjà réalisés en 2021 par rapport à 2020 pour certains cantons forts urbains, dont ZH (-15,2 mios), VD (-17 mios), BS (-23,5 mios) et (-GE (-87 mios), la parité 50-50 dans la compensation des charges entre fonds CCG et CCS se justifie pleinement.</p> <p>3. En conclusion, nous pouvons valider les chiffres 2021 de la péréquation financière intercantonale. Nous invitons toutefois la Conférence des directrices et des directeurs cantonaux des finances à faire preuve de retenue dans ce domaine tant que les effets des correctifs apportés au système de péréquation et tant que ceux liés à la réforme fiscale sur les cantons et la Confédération, et désormais à la pandémie COVID-19 également, ne seront pas réellement connus. (...)"</p>
--------------------	--

ZG 18.8.	<p>"(...) Unsere Plausibilisierung der Datengrundlagen hat ergeben, dass die Berechnungen auf den vom Kanton Zug gelieferten Daten basieren. Wir gehen davon aus, dass die Berechnungen aufgrund korrekter Datenlieferungen aller Kantone seitens EFV korrekt vorgenommen wurden.</p> <p>Der Kanton Zug hat 2021 die eindrückliche Summe von 331 Millionen Franken zum Nationalen Finanzausgleich beizutragen. Dies entspricht 2654 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Das ist der höchste pro-Kopf-Betrag aller Kantone. Er ist mehr als doppelt so hoch wie derjenige des zweitplatzierten Geberkantons. Diese Zahlen knüpfen an denjenigen des Vorjahres an und zeigen einmal mehr die immense Auswirkung, die der NFA auf den Kantons Zug hat.</p> <p>Unser substanzieller Beitrag zugunsten der anderen Kantone steigt seit der Einführung des NFA stetig an und wird aller Voraussicht nach auch in den nächsten Jahren überdurchschnittlich hoch sein. Wir sind überzeugt, dass die bereits beschlossenen Optimierungen des NFA richtig waren. Allerdings sind wir es den Zuger Einwohnerinnen und Einwohnern schuldig, uns auch in Zukunft für eine noch bessere und gerechtere Ausgestaltung des Finanzausgleichs einzusetzen. (...)"</p>
ZH 17.8.	<p>"(...) Wir haben die Datengrundlagen des Kantons Zürich für die Berechnungen des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs und den sich daraus ergebenden Ausgleichszahlungen für das Referenzjahr 2021 geprüft und in der Schlusskontrolle festgestellt, dass die Datenmeldungen an die eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) in einem wirtschaftlich bedeutenden Fall nicht korrekt waren. Im Namen des Regierungsrates des Kantons Zürich beantrage ich die folgende Korrektur für die NFA-Referenzjahre 2021-2023:</p> <p>J35399: Meldung: Statuscode 1 (ordentlich besteuerte Kapitalgesellschaft). Korrektur auf Statuscode 5 (ehemalige Holdinggesellschaft). Diese Gesellschaft hat ihren kantonalen Status als Holdinggesellschaft vorzeitig per 31.12.2016 mit Wirkung ab der im Kalenderjahr 2017 endenden Steuerperiode aufgegeben. Sie wurde beim Eingang der Steuererklärung 2017 nicht als ehemalige Statusgesellschaft erkannt, sondern als ordentlich besteuerte Gesellschaft erfasst und auch nicht auf die damals noch manuell zu erstellende Liste der ehemaligen Statusgesellschaften aufgenommen. Da die Steuererklärung 2017 im Extraktionszeitpunkt aber vorlag, berechtigt diese Gesellschaft für den Statuscode 5 mit Taxationsart 2 (Anhang 4 zur Weisung EFD vom 19.12.2008, Abschnitt 4.11). Aus Diskretionsgründen sind die korrekten Daten unter Bezugnahme auf dieses Schreiben direkt der ESTV übermittelt worden.</p> <p>Zu den Datengrundlagen des lasten- und Härteausgleichs haben wir keine Bemerkungen.</p> <p>Zum Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung regen wir an, dass im nächsten Bericht zum Finanzausgleich 2022 die Entwicklung der Dotation des Ressourcenausgleichs detailliert dargestellt wird, um diese nachvollziehen zu können. Insbesondere sollte die Entwicklung der Disparitäten, welche die Dotation ab 2023 massgeblich steuern wird, einschliesslich deren Treiber erläutert werden. (...)"</p>